

Amtsblatt

der Europäischen Union

ISSN 1725-2407

C 32

46. Jahrgang

11. Februar 2003

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

Informationsnummer

Inhalt

Seite

I Mitteilungen

Kommission

2003/C 32/01	Euro-Wechselkurs	1
2003/C 32/02	Staatliche Beihilfe — Spanien — Beihilfe C 79/2002 (ex NN 110/02) — Spanische Beihilferegelung zugunsten des Luftfahrtunternehmens Intermediación Aérea SL — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag ⁽¹⁾	2
2003/C 32/03	Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden ⁽¹⁾	9
2003/C 32/04	Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 93/42/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 über „Medizinprodukte“ und der Richtlinie 98/79/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 1998 über „In-vitro-Diagnostika“ und der Richtlinie 90/385/EWG des Rates vom 20. Juni 1990 über „aktive implantierbare medizinische Geräte“ ⁽¹⁾	14

II Vorbereitende Rechtsakte

.....

III Bekanntmachungen

Rat

2003/C 32/05	Im Amtsblatt der Europäischen Union C 32 E veröffentlichte Texte	15
--------------	--	----

DE

Informationsnummer

Inhalt (Fortsetzung)

Seite

Kommission

2003/C 32/06

Ergebnisse der Ausschreibungen (Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft) 16

I

(Mitteilungen)

KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

10. Februar 2003

(2003/C 32/01)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,0808	LVL	Lettischer Lat		0,6241
JPY	Japanischer Yen		130,23	MTL	Maltesische Lira		0,4208
DKK	Dänische Krone		7,4323	PLN	Polnischer Zloty		4,1687
GBP	Pfund Sterling		0,6614	ROL	Rumänischer Leu		35513
SEK	Schwedische Krone		9,1594	SIT	Slowenischer Tolar		231,205
CHF	Schweizer Franken		1,4658	SKK	Slowakische Krone		42,156
ISK	Isländische Krone		83,48	TRL	Türkische Lira		1781000
NOK	Norwegische Krone		7,4625	AUD	Australischer Dollar		1,823
BGN	Bulgarischer Lew		1,9539	CAD	Kanadischer Dollar		1,6458
CYP	Zypern-Pfund		0,58015	HKD	Hongkong-Dollar		8,4296
CZK	Tschechische Krone		31,775	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,958
EEK	Estnische Krone		15,6466	SGD	Singapur-Dollar		1,8981
HUF	Ungarischer Forint		246,28	KRW	Südkoreanischer Won		1288,85
LTL	Litauischer Litas		3,4525	ZAR	Südafrikanischer Rand		9,0666

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

STAATLICHE BEIHILFE — SPANIEN**Beihilfe C 79/2002 (ex NN 110/02) — Spanische Beihilferegelung zugunsten des Luftfahrtunternehmens Intermediación Aérea SL****Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag**

(2003/C 32/02)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 13. Dezember 2002, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Spanien ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Beihilfe das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Kommission fordert hiermit alle Beteiligten auf, sich innerhalb eines Monats ab dem Datum dieser Veröffentlichung zu den Maßnahmen, derentwegen das Verfahren eingeleitet wird, zu äußern. Die Stellungnahmen sind an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Energie und Verkehr
Direktion A – Referat A4
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 296 41 04.

Die Stellungnahmen werden den spanischen Behörden übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angaben von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG**1. Das Verfahren**

Der Kommission ist eine Beschwerde vom 11. April 2002 (SG (2002) 4231) zugegangen, die unter der Nummer NN 110/02 registriert wurde. Mit Schreiben vom 23. Mai 2002 unter dem Aktenzeichen DGTREN (2002) 8 112 forderte die Kommission die spanischen Behörden auf, alle einschlägigen Informationen zu übermitteln. Die spanischen Behörden antworteten mit Schreiben vom 1. Juli 2002, das am 5. Juli 2002 unter dem Aktenzeichen DGTREN A/61932 registriert wurde.

2. Kurzbeschreibung der Maßnahme

Die in Rede stehende Maßnahme betrifft Beihilfen, die dem Luftfahrtunternehmen Intermediación Aérea SL (Intermed) für die Erbringung von Luftverkehrsdiensten auf der Strecke Girona-Madrid-Girona von der autonomen Regierung Kataloniens und vom Regionalrat von Girona gewährt wurden.

Die von den spanischen Behörden vorgesehenen Maßnahmen sind in dem „Vertrag über Luftverkehrsdienste zwischen Girona und Madrid“ festgelegt, der am 26. März 2002 zwischen der Generalitat de Catalunya, der Diputación de Girona, der Industrie- und Handelskammer von Girona und dem Vertreter des Unternehmens Intermediación Aérea SL (Intermed) geschlossen wurde.

Ziel der Beihilfe ist die Förderung eines wettbewerbsfähigen und hochwertigen Luftverkehrsdienstes auf der Strecke Girona-Madrid-Girona unter Einsatz von Flugzeugen, die den Ansprüchen an Komfort und Zuverlässigkeit entsprechen, sowie die Gewährleistung einer angemessenen Rentabilität bei der Bedienung dieser Strecke.

Der maximale Gesamtbetrag der Beihilfe für den vertraglich vereinbarten Zeitraum beläuft sich auf 4 337 086,18 EUR.

3. Materielle Bewertung der geplanten Beihilfemaßnahmen

Die Beihilfe ist nach den Kriterien der Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 92 und 93 des EG-Vertrags sowie des Artikels 61 des EWR-Abkommens auf staatliche Beihilfen im Luftverkehr (ABl. C 350 vom 10.12.1994) zu beurteilen.

Die Beihilfe müsste den Kriterien von Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2408/92 des Rates vom 23. Juli 1992 über den Zugang von Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft zu Strecken des innergemeinschaftlichen Flugverkehrs genügen, damit ein eventuell übermäßiger Ausgleich ausgeschlossen ist.

Dieser Artikel sieht bestimmte materielle und formelle Voraussetzungen vor, die bei Auferlegung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen für eine bestimmte Strecke zu erfüllen sind.

Was die materiellen Voraussetzungen angeht, so kann ein Mitgliedstaat gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im Linienflugverkehr zu einem Flughafen, der ein Rand- oder Entwicklungsgebiet seines Hoheitsgebiet bedient, oder auf einer wenig frequentierten Strecke zu einem Regionalflughafen seines Hoheitsgebiets – wobei die jeweilige Strecke für die wirtschaftliche Entwicklung des Gebiets, in dem der Flughafen liegt, als unabdingbar gilt – auferlegen, insoweit diese Verpflichtungen erforderlich sind, damit der Flugverkehr auf der betreffenden Strecke in Bezug auf Kontinuität, Regelmäßigkeit, Kapazität und Preisgestaltung festen Standards genügt, die das Luftfahrtunternehmen unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht einhalten würde.

Bei der Auferlegung entsprechender Verpflichtungen sind auch die formellen Voraussetzungen zu erfüllen, und die Kommission und die Luftfahrtunternehmen, die die betreffende Strecke bedienen, sind vorab in Kenntnis zu setzen. Die Kommission veröffentlicht die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im *Amtsblatt der Europäischen Union*.

Sofern kein Luftfahrtunternehmen den Linienflugverkehr auf der betreffenden Strecke gemäß den dafür auferlegten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen aufgenommen hat oder in Kürze aufzunehmen beabsichtigt, kann der Mitgliedstaat zum einen für einen Zeitraum von höchstens drei Jahren einem einzigen Luftfahrtunternehmen den Zugang vorbehalten und zum anderen einem nach Ausschreibung ausgewählten Luftfahrtunternehmen einen Ausgleich für die Erfüllung der Standards, die sich aus den gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen ergeben, gewähren. Der Ausgleich muss den Aufwendungen und Erlösen des Luftverkehrsdienstes Rechnung tragen.

Die Vergabe des Rechts zur Durchführung dieser Dienste erfolgt nach Ausschreibung im *Amtsblatt der Europäischen Union*. Die von den Luftfahrtunternehmen eingereichten Gebote werden den anderen betroffenen Mitgliedstaaten und der Kommission unverzüglich übermittelt.

Bei der Auswahl des Betreibers durch die Behörden der autonomen Regierung Kataloniens wurden die formellen Voraussetzungen von Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2408/92 nicht erfüllt, die für die Wahrung des Grundsatzes der Gleichbehandlung sowie für die ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens von wesentlicher Bedeutung sind. Darüber hinaus kann die Kommission bei einer Nichteinhaltung dieser Bestimmung nicht ausschließen, dass ein übermäßiger Ausgleich gewährt wurde.

Daher hat die Kommission ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Art der in Rede stehenden Maßnahmen und ihrer Vereinbarkeit mit den Regeln des EG-Vertrags für staatliche Beihilfen.

Gemäß Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates können alle rechtswidrigen und mit dem Gemeinsamen Markt nicht vereinbarten Beihilfen vom Empfänger zurückgefordert werden.

WORTLAUT DES SCHREIBENS

„Por la presente, la Comisión tiene el honor de comunicar a las autoridades españolas que, tras haber examinado la información facilitada por sus autoridades sobre la ayuda arriba indicada, ha decidido incoar el procedimiento previsto en el apartado 2 del artículo 88 del Tratado CE.

1. PROCEDIMIENTO

- 1) La Comisión recibió una denuncia con fecha de 11 de abril 2002 SG(2002) 4231 relativa a la concesión de ayudas a la compañía aérea Intermediación Aérea, SL (Intermed) por la prestación de servicios de transporte aéreo en la ruta Gerona-Madrid-Gerona. Según la información que obra en poder de los servicios de la Comi-

sión, estas ayudas habrían sido concedidas o aprobadas por la Generalitat de Catalunya y la Diputación de Gerona. Mediante carta de 23 de mayo de 2002, registrada bajo la referencia DGTREN(2002) 8112, la Comisión solicitó toda la información pertinente a las autoridades españolas. Éstas respondieron por carta de 1 de julio de 2002, registrada el 5 de julio de 2002 bajo la referencia DGTREN A/61932.

2. DESCRIPCIÓN DE LA AYUDA

2.1. Fundamento jurídico de la ayuda

- 2) Según los datos en poder de la Comisión, las medidas previstas por las autoridades españolas figuran en el «Convenio relativo a los enlaces aéreos entre las ciudades de Gerona y Madrid» celebrado el 26 de marzo de 2002 entre la Generalitat de Catalunya, la Diputación de Gerona, la Cámara de Comercio e Industria de Gerona y el representante de la Sociedad Intermediación Aérea SL (Intermed).

2.2. Objetivo de la ayuda

El objetivo de la ayuda consiste en favorecer el desarrollo de un transporte aéreo competitivo y de calidad entre Gerona y Madrid, mediante la utilización de aviones que reúnan las condiciones de comodidad y fiabilidad adecuadas y al mismo tiempo conseguir una rentabilidad correcta en esta ruta.

2.3. Descripción detallada

2.3.1 El enlace aéreo Gerona-Madrid-Gerona

El enlace aéreo Gerona-Madrid-Gerona lo cubren, por una parte, un servicio regular prestado por la Sociedad Intermed desde el 15 de abril de 2002 con un avión ATR 42-300 de 48 plazas y, por otra parte, un servicio chárter, según la información remitida por las autoridades españolas, prestado por el demandante en este asunto desde el 3 de abril de 2002 con un avión SA-227.

2.3.2 Proceso de selección de la compañía proveedora del servicio

- 3) Ante la inexistencia de enlaces aéreos regulares entre las ciudades de Gerona y Madrid porque ninguna compañía aérea prestaba este servicio, la Generalitat de Catalunya se puso en contacto por carta individual durante el período de julio a noviembre de 2001 con varias compañías aéreas nacionales y de otros Estados miembros de la Unión Europea [Aerolíneas de Baleares (AEBAL), Spanair, Air Europa, KLM UK Limited, Intermediación Aérea, SL (Intermed), Air Catalunya, Ibertrans Aérea y Naysa] para darles a conocer su iniciativa de estimular el establecimiento de este enlace aéreo y de invitarles a presentar sus ofertas o a declararse dispuestos a organizar ese vuelo.

- 4) Una vez finalizado este proceso, las autoridades de la Generalitat de Catalunya observaron que la única compañía aérea que había demostrado su disponibilidad y su capacidad de garantizar estos servicios aéreos regulares y de asumir las obligaciones de servicio público inherentes era Intermed y por ello fue con esta compañía con quien se celebró el Convenio el 26 de marzo de 2002.

2.3.3. Contenido del Convenio

- 5) El Convenio tiene por objeto impulsar el restablecimiento de unos enlaces aéreos entre el aeropuerto de Gerona y el aeropuerto de Madrid-Barajas con unos niveles adecuados de calidad y rentabilidad en vista de la inexistencia de enlaces aéreos regulares estables.
- 6) Para la prestación del servicio en cuestión, INTERMED utilizará un avión turbohélice ATR 42-300 cuyas principales características serán las siguientes:
- 48 asientos dispuestos en 12 hileras con 30° de pitch,
 - capacidad máxima de carga de 4 687 kg,
 - volumen de las bodegas para equipajes de 8,94 m³,
 - altura máxima de 5 485 m (18 000 pies),
 - velocidad de vuelo de 300 kt (556 km/h).
- 7) Se establecen, con carácter inicial, dos frecuencias diarias de lunes a viernes con los siguientes horarios:
- mañana: salida de Gerona a las 7.00 horas, salida de Madrid a las 9.00 horas,
 - tarde: salida de Gerona a las 17.00 horas, salida de Madrid a las 19.30 horas.
- 8) En general, los horarios de los vuelos deberán facilitar siempre al pasajero procedente de Gerona efectuar una estancia mínima de cinco horas en Madrid desde su llegada a destino.

2.3.4. Financiación del servicio

- 9) El importe global máximo de la ayuda para el período cubierto por el Convenio asciende a 4 337 086,18 euros. La Generalitat de Catalunya y la Diputación de Gerona se comprometen a hacer frente a la financiación del servicio aéreo entre Gerona y Madrid por los siguientes límites máximos totales anuales:
- Ejercicio 2002: respecto al ejercicio 2002, durante los seis primeros meses de funcionamiento de la línea, la Generalitat de Catalunya y la Diputación de Gerona asumen la financiación de forma equitativa con un importe máximo de 410 582,34 euros cada una. Para el resto del ejercicio 2002, la Generalitat de Catalunya y la Diputación de Gerona asumen la financiación de este período con un

importe máximo de 34 166,62 euros por parte de la Generalitat de Catalunya y de 135 227,75 euros por parte de la Diputación de Gerona.

— Ejercicio 2003: para este período, incluida la eventual regularización del ejercicio 2002, el importe máximo total será de 1 182 883,13 euros, de los cuales 641 972,13 euros corresponderán a la Generalitat de Catalunya y 540 911 euros a la Diputación de Gerona.

— Ejercicios 2004 y 2005: para este período, el importe máximo será de 1 081 822 euros, de los cuales 540 911 euros corresponderán a la Diputación de Gerona en concepto de financiación del primer semestre de cada ejercicio anual, y 540 911 euros a la Generalitat de Catalunya en concepto de financiación del segundo semestre de cada ejercicio anual.

- 10) La ayuda abonada a Intermed se calculará en función de la tasa media anual de ocupación de las plazas de los aviones en la ruta Gerona-Madrid-Gerona mediante la aplicación de la fórmula definida en el anexo V del convenio.

2.3.5. Publicidad

- 11) La Diputación de Gerona se compromete, además, a diseñar y financiar todas las acciones publicitarias de promoción y comercialización del enlace aéreo durante el período de vigencia del Convenio por un importe máximo de 120 202 euros.
- 12) Del mismo modo, la Cámara de Comercio, Industria y Navegación de Gerona se compromete a llevar a cabo, en su ámbito de actuación, las acciones que resulten necesarias para apoyar y garantizar el correcto desarrollo del vuelo objeto del Convenio.

2.3.6. Resolución del Convenio

- 13) Se prevé que el convenio se resuelva automáticamente, entre otros motivos, cuando otra compañía aérea establezca, sin ayudas ni financiamientos públicos, un vuelo entre Gerona y Madrid de características análogas a las del vuelo objeto del Convenio por lo que respecta al tipo de avión, a las frecuencias, a las tarifas y al período de servicio.

2.3.7. Duración de la ayuda

- 14) El Convenio se celebra por el período comprendido entre el 26 de marzo de 2002 y el 31 de diciembre de 2005.

2.3.8. Otras disposiciones

- 15) El Convenio prevé también disposiciones sobre la tasa de ocupación, la regularidad, la puntualidad, los servicios de asistencia en tierra y las tarifas de aplicación.

3. EVALUACIÓN DE LA AYUDA

3.1. Aplicación del apartado 1 del artículo 87

- 16) El apartado 1 del artículo 87, del Tratado dispone que son incompatibles con el mercado común, en la medida en que afecten a los intercambios entre Estados miembros, las ayudas otorgadas por los Estados o mediante fondos estatales, bajo cualquier forma, que falseen o que amenacen falsear la competencia favoreciendo a determinadas empresas o producciones. Las directrices de las ayudas estatales al sector aéreo (DO C 350 de 10.12.1994) establecen en su punto 18 que se supondrá la inexistencia de ayuda si la asignación de una obligación de servicio público y el cálculo de la compensación asociada se han realizado con arreglo a los procedimientos contemplados en el artículo 4 del Reglamento (CEE) n° 2408/92 del Consejo, de 23 de julio de 1992, relativo al acceso de las compañías aéreas de la Comunidad a las rutas aéreas intracomunitarias (DO L 240 de 24.8.1992, p. 8).
- 17) Como se explica en los puntos 48 y siguientes de la presente Decisión, estos procedimientos de licitación del artículo 4 del Reglamento (CEE) n° 2408/92 no se han respetado en el caso que nos ocupa.
- 18) De este hecho se desprende que no tiene cabida la presunción de inexistencia de ayuda en este caso y que, de conformidad con el punto 23 de las directrices, la compensación se debe evaluar en virtud de las reglas generales que rigen las ayudas estatales.

3.1.1. Transferencia de fondos estatales

- 19) El concepto de ayuda estatal según el Tratado y su interpretación por el Tribunal de Justicia se refiere a cualquier ventaja concedida directa o indirectamente mediante fondos estatales o que constituyan una carga suplementaria para el Estado o para los organismos designados o instituidos a tal efecto.
- 20) En el caso que nos ocupa, el Convenio relativo a los enlaces aéreos entre las ciudades de Gerona y Madrid estipula que la compañía beneficiaria cobrará un máximo de 4 337 086,18 euros durante todo el período de vigencia del Convenio, que financiarían la Generalitat de Catalunya y la Diputación de Gerona.
- 21) Además, la Diputación de Gerona se ha comprometido a financiar campañas de publicidad durante el período de vigencia del convenio por un importe máximo de 120 202 euros.
- 22) La Comisión considera probable que las campañas de publicidad de la Cámara de Comercio se financien mediante una transferencia indirecta de fondos estatales.

3.1.2. Ventaja financiera

- 23) Parece evidente que la empresa beneficiaria de la ayuda gozará de una ventaja financiera puesto que, a falta de esta ayuda, la propia empresa beneficiaria debería asumir los costes de explotación del enlace en cuestión al igual que otras compañías aéreas.

3.1.3. Carácter selectivo de la medida

- 24) Las ayudas consideradas sólo se destinarán a un único sector del transporte, es decir, al transporte aéreo y por la prestación de un único enlace aéreo entre Gerona y Madrid.
- 25) El Convenio relativo a los enlaces aéreos entre las ciudades de Gerona y Madrid se ha celebrado con una única compañía aérea. De la información remitida por las autoridades españolas no es posible deducir que las mismas ayudas se otorgarían a otras compañías que decidan eventualmente prestar servicios de transporte regular aéreo entre Madrid y Gerona.
- 26) Es cierto que el convenio prevé una cláusula de resolución aplicable cuando otra compañía aérea establezca, sin ayudas ni financiaciones públicas, un vuelo entre Gerona y Madrid de características análogas a las del vuelo objeto del Convenio por lo que respecta al tipo de avión, a las frecuencias, a las tarifas y al período de servicio.
- 27) No obstante, si el posible operador competidor presta servicios que no responden a las características antes indicadas (por ejemplo, la utilización de un avión más pequeño), el carácter selectivo se confirmaría incluso ya que dos compañías explotarían la misma ruta, una acogiendo a la ayuda y la otra no. Según la información que obra en poder de la Comisión, ése sería el caso actualmente. En efecto, el demandante en este asunto presta servicios de transporte en la ruta Gerona-Madrid-Gerona sin recibir ayudas públicas. Según datos remitidos por las autoridades españolas, el demandante organiza vuelos charter Gerona-Madrid-Gerona con aviones de una capacidad inferior a 20 plazas.

3.1.4. Efecto en la competencia y en los intercambios intracomunitarios

- 28) Para poder reconocer una distorsión de la competencia, basta que la intervención del Estado modifique de manera artificial algunos elementos del coste de producción de una empresa y refuerce la posición de esa empresa frente a otras empresas competidoras en los intercambios intracomunitarios (véanse las sentencias del Tribunal de Justicia de 2 de julio 1974: Italia/Comisión, asunto C-173/73, Rec. p. 709, y de 17 de septiembre de 1980: Philip Morris, asunto C-730/79, Rec. p. 2671). Además, el Tribunal también ha señalado que una ayuda puede llegar a afectar a los intercambios entre los Estados miembros y a falsear la competencia aunque la propia empresa beneficiaria, al competir con las empresas de otros Estados miembros, no se dedique ella misma a actividades transfronterizas. En efecto, cuando un Estado miembro concede una ayuda a una empresa, la oferta interior puede verse mantenida o aumentada con la consecuencia de que disminuyen las oportunidades de las empresas establecidas en otros Estados miembros de ofrecer sus servicios en el mercado de dicho Estado miembro (véase, en este sentido, la sentencia del Tribunal de Justicia, de 21 de marzo de 1991, Italia/Comisión: asunto C-303/88, Rec. p. I-1433, punto 27).

- 29) En este caso, dos compañías prestan servicios aéreos entre Girona y Madrid, el servicio regular recibe una financiación pública y el servicio chárter prestado por el demandante no la recibe. Por consiguiente, los efectos en la competencia parecen evidentes.
- 30) Además, las ayudas en cuestión afectan a los intercambios entre los Estados miembros por destinarse a una compañía del sector del transporte, lo que afecta directamente por naturaleza a los intercambios, y cubren una parte del mercado común. Además, falsean la competencia dentro de este mercado al otorgarse a una única empresa que compite con otra compañía aérea comunitaria, especialmente desde la entrada en vigor de la tercera fase de liberalización del transporte aéreo («tercer paquete») el 1 de enero de 1993.
- 31) Por consiguiente, la concesión por las autoridades españolas de ventajas a Intermed puede constituir una ayuda estatal según lo dispuesto en el artículo 87 del Tratado CE.
- 3.2. Fundamento jurídico de la evaluación de la compatibilidad de la ayuda con el mercado común**
- 32) Después de haber determinado la naturaleza de las ayudas bajo examen de acuerdo con el apartado 1 del artículo 87 del Tratado, la Comisión debe estudiar si se pueden declarar compatibles con el mercado común, según lo dispuesto en los apartados 2 y 3 del artículo 87 del Tratado.
- 33) La Comisión debe evaluar la compatibilidad de la ayuda teniendo en cuenta la letra a) del apartado 2 del artículo 87 del Tratado, según el cual son compatibles con el mercado común las ayudas de carácter social concedidas a los consumidores individuales, siempre que se otorguen sin discriminaciones basadas en el origen de los productos. Según la Comunicación de la Comisión sobre la aplicación de los artículos 92 y 93 del Tratado CE y del artículo 61 del acuerdo EEE a las ayudas estatales en el sector de la aviación (DO C 350 de 10.12.1994), la ayuda debe tener un carácter social, es decir, que sólo debe cubrir en principio determinadas categorías de pasajeros que utilicen el enlace (niños, minusválidos o personas de escasos recursos). No obstante, si se trata de un enlace con una región desfavorecida, esencialmente con islas, la ayuda podría cubrir la totalidad de la población de la región. Según la misma comunicación, la ayuda debe concederse sin discriminación por el origen de los servicios, esto es, a cualquier compañía aérea del Espacio Económico Europeo que preste los servicios, lo que implica también la eliminación de cualquier obstáculo al acceso al enlace de que se trate por parte de todas las compañías aéreas de la Comunidad.
- 34) En este caso, las ayudas se abonan exclusivamente a una compañía aérea que explota el enlace en cuestión, con exclusión de la compañía competidora. El fundamento jurídico de esta ayuda no parece contemplar que otras compañías aéreas puedan acogerse al régimen de ayudas. Por consiguiente, esta ayuda no cumple la primera de las condiciones requeridas, es decir, la no discriminación entre compañías.
- 35) La excepción prevista en la letra b) del apartado 2 del artículo 87 no se aplica por no tratarse en este caso de ayudas destinadas a reparar los perjuicios causados por desastres naturales o por otros acontecimientos de carácter excepcional.
- 36) En el apartado 3 del artículo 87 figura la lista de las ayudas que pueden considerarse compatibles con el mercado común. Esta compatibilidad debe evaluarse en el contexto de la Comunidad y no de un solo Estado miembro.
- 37) Con el fin de preservar el correcto funcionamiento del mercado común y habida cuenta de los principios de la letra g) del apartado 1 del artículo 3 del Tratado, las excepciones a las disposiciones del apartado 1 del artículo 87, tal como se definen en el apartado 3 del artículo 87, deben ser objeto de una interpretación estricta cuando se examine un régimen de ayuda o cualquier ayuda individual. Además, habida cuenta de la mayor competencia relacionada con la liberalización de los transportes aéreos, la Comisión debe atenerse a una política rigurosa de control de las ayudas estatales para evitar que éstas tengan efectos secundarios contrarios al interés común.
- Las letras a) y c) contemplan excepciones en favor de las ayudas destinadas a promover o facilitar el desarrollo de determinadas regiones ⁽¹⁾. La Comisión observa que Girona no es una región que pueda acogerse a lo dispuesto en la letra a) del apartado 3 del artículo 87 y esta excepción no es por tanto aplicable. La Comisión observa también que la provincia de Girona no puede acogerse a la excepción contemplada en la letra c) del apartado 3 del artículo 87 del Tratado a excepción de los distritos situados en los Pirineos, que no tienen que ver con el asunto que nos ocupa.
- Las letras b) y d) no son aplicables por no tratarse de ayudas para fomentar la realización de un proyecto de interés común o destinadas a poner remedio a una grave perturbación en la economía de un Estado miembro o de ayudas destinadas a promover la cultura y la conservación del patrimonio y, en cualquier caso, las autoridades españolas no han alegado esta excepción.
- ⁽¹⁾ Comunicación de la Comisión — Directrices sobre las ayudas de estado de finalidad regional (DO C 74 de 10.3.1998, p. 9). También se alude a estas ayudas regionales en el apartado 36 de las Directrices de las ayudas estatales al sector aéreo [Aplicación de los artículos 92 y 93 del Tratado CE y del artículo 61 del acuerdo EEE a las ayudas estatales en el sector de la aviación (DO C 350 de 10.12.1994)].

- En cuanto a la excepción contemplada en la letra c) sobre las ayudas destinadas a facilitar el desarrollo de determinadas actividades económicas, la Comisión cree que las ayudas de funcionamiento, no destinadas a facilitar una inversión, sólo pueden autorizarse en casos excepcionales. A este respecto, observa que las ayudas no persiguen objetivos medioambientales, no son ayudas a la formación y no se destinan a PYME. Además, la Comisión podría conceder esta excepción en favor de la reestructuración de una empresa, pero éste no es el caso de Intermed SL.
- 38) La única justificación posible alegada por las autoridades españolas se relaciona con el hecho de que las ayudas en cuestión se concedan como compensación de las obligaciones de servicio público. En efecto, según las autoridades españolas y como se desprende del Convenio de 26 de marzo de 2002, las ayudas otorgadas por la Generalitat de Catalunya a la compañía aérea tienen por objeto compensar las obligaciones de servicio público impuestas por ese mismo Convenio, tal como estipula el artículo sexto relativo a la financiación del servicio y el anexo V correspondiente, en relación con los artículos primero (objeto del Convenio), segundo (definición del servicio) y quinto (tarifas de aplicación), entre otros, así como en los anexos I y II, por lo que se refiere a las condiciones de explotación de la ruta y a los criterios de calidad del servicio, respectivamente.
- 39) La Comisión expresa sus dudas sobre la pertinencia de esta justificación en este caso concreto.
- 40) El apartado 2 del artículo 84 del Tratado descarta expresamente la aplicación al transporte aéreo del artículo 73 del Tratado. Por consiguiente, como la Comisión ha señalado en el apartado 17 de la Comunicación antes mencionada, el reembolso de las pérdidas incurridas por las compañías con motivo de la ejecución de obligaciones de servicio público debe evaluarse basándose de las normas generales del Derecho comunitario aplicables al transporte aéreo, incluido el apartado 2 del artículo 86 del Tratado CE y las normas de Derecho derivado aplicables al transporte aéreo. La licitud del reembolso deberá evaluarse teniendo en cuenta los principios relativos a las ayudas estatales establecidos por la jurisprudencia del Tribunal de Justicia.
- 41) A este respecto, hay que señalar en primer lugar que los objetivos del apartado 2 del artículo 86 del Tratado se han plasmado, en lo que respecta al transporte aéreo, en el Reglamento (CEE) n° 2408/92, y, concretamente, en su artículo 4 sobre el marco jurídico de las obligaciones de servicio público en el sector del transporte aéreo.
- 42) Este artículo contempla determinadas condiciones materiales y formales para imponer obligaciones de servicio público en una ruta determinada.
- 43) Por lo que se refiere a las condiciones materiales, pueden imponerse obligaciones de servicio público en relación con servicios aéreos regulares a un aeropuerto que sirva a una región periférica o en desarrollo situada en su territorio, o en una ruta de baja densidad de tráfico que sirva un aeropuerto regional de su territorio, cuando dicha ruta se considere esencial para el desarrollo económico de la región en la que está situado el aeropuerto, en la medida necesaria para garantizar en dicho trayecto una adecuada prestación de servicios aéreos regulares que cumplan determinadas normas en materia de continuidad, regularidad, capacidad y precios que las compañías aéreas no asumirían si únicamente tuvieran en cuenta su interés comercial.
- 44) La letra b) del primer apartado de este artículo establece los criterios para evaluar la adecuación de los servicios de transporte aéreo regular.
- 45) Estas obligaciones sólo pueden imponerse previo cumplimiento de unas condiciones formales y tras haber informado a la Comisión y a las compañías aéreas que explotan la ruta. La Comisión publica estas obligaciones de servicio público en el *Diario Oficial de la Unión Europea*.
- 46) Si ninguna compañía aérea ha iniciado o está por iniciar servicios aéreos regulares en una ruta de conformidad con las obligaciones de servicio público que se hayan establecido para dicha ruta, el Estado miembro podrá limitar el acceso a dicha ruta a una sola compañía aérea durante un período de hasta tres años y, por otra parte, podrá abonar a las compañías aéreas seleccionadas con arreglo al procedimiento de licitación los gastos que les ocasione el dar cumplimiento a una obligación de servicio público impuesta. Dicho abono tendrá en cuenta los gastos y los ingresos generados por el servicio.
- 47) El derecho a explotar estos servicios se ofrecerá mediante licitación pública publicada en el *Diario Oficial de la Unión Europea*. Las solicitudes presentadas por las compañías aéreas se comunican inmediatamente a los demás Estados miembros interesados y a la Comisión.
- 48) A este respecto, como la Comisión ya señalaba en el punto 18 de la Comunicación sobre las ayudas estatales en el sector de la aviación, es importante que la compañía que explote la ruta sobre la cual se haya impuesto una obligación de servicio público sólo pueda obtener la compensación tras haber sido seleccionada una vez concluido un procedimiento de licitación pública. Este procedimiento es el establecido en el artículo 4 del Reglamento (CEE) n° 2408/92.
- 49) Con arreglo al apartado 3 del punto 18 de la Comunicación sobre las ayudas estatales al sector de la aviación, la Comisión considera que la compensación de conformidad con las obligaciones de servicio público no implica ningún elemento de ayuda, entre otras cosas condiciones si el transportista fuera seleccionado correctamente mediante licitación.
- 50) La selección de la compañía según se ha descrito en el punto 2.3.2 de la presente carta que han efectuado las autoridades de la Generalitat de Catalunya no se ha hecho respetando las obligaciones formales establecidas en el artículo 4 del Reglamento (CEE) n° 2408/92 que son esenciales para garantizar el principio de igualdad de trato y preservar la buena marcha del procedimiento.

51) En concreto:

- no se ha notificado a la Comisión la imposición de la obligación de servicio público en la ruta Girona-Madrid-Girona,
- estas obligaciones no se han publicado en el *Diario Oficial de la Unión Europea*.
- No se ha consultado a los demás Estados miembros.
- No se ha publicado la licitación en el *Diario Oficial de la Unión Europea*.
- Las ofertas presentadas por las compañías aéreas no se han comunicado a los demás Estados miembros interesados ni a la Comisión.

52) No se han reunido las condiciones contempladas en el artículo 4 del Reglamento (CEE) n° 2408/92, de lo que se desprende que, como se ha explicado antes, la presunción de inexistencia de ayuda no se aplica en este caso. Así pues, de conformidad con el punto 23 de las directrices, hay que examinar la compatibilidad de la compensación teniendo en cuenta las normas generales aplicables.

53) En principio y sin perjuicio de las disposiciones sustantivas específicas del artículo 4 del Reglamento (CEE) n° 2408/92, la disposición pertinente para evaluar la compatibilidad de una compensación de servicio público es el apartado 2 del artículo 86 del Tratado, que dispone lo siguiente:

«Las empresas encargadas de la gestión de servicios de interés económico general o que tengan el carácter de monopolio fiscal quedarán sometidas a las normas del presente Tratado, en especial a las normas sobre competencia, en la medida en que la aplicación de dichas normas no impida, de hecho o de derecho, el cumplimiento de la misión específica a ellas confiada. El desarrollo de los intercambios no deberá quedar afectado en forma tal que sea contraria al interés de la Comunidad.»

54) La Comisión considera que, aunque se pudiera interpretar que se ha encargado a la empresa Intermediación Aérea SA la gestión de un servicio de interés económico general, no está claro en este momento si la compensación considerada respeta el criterio de necesidad que se deriva de esta disposición. Tampoco está claro por qué las autoridades españolas han creído necesario proceder en tal caso fuera del marco jurídico

establecido en el artículo 4 del Reglamento (CEE) n° 2408/92, que prevé las disposiciones necesarias al efecto de reducir al máximo las posibles distorsiones de la competencia.

55) A este respecto, hay que señalar que la Comisión no ha recibido hasta ahora de las autoridades españolas datos que indiquen el carácter proporcional de la compensación prevista en relación con los costes netos del servicio público en cuestión. Según el apartado 3 del punto 18 de la Comunicación sobre las ayudas estatales al sector aéreo, la Comisión considera que la compensación de conformidad con las obligaciones de servicio público no implica ningún elemento de ayuda si el transportista ha sido seleccionado correctamente mediante licitación. De no cumplirse esta disposición, la Comisión no puede descartar la existencia de exceso de compensación. Ahora bien, como se desprende claramente de la jurisprudencia comunitaria, un posible «exceso de compensación» sería constitutivo de ayuda y tampoco podría declararse compatible en virtud del apartado 2 del artículo 86 del Tratado CE porque no sería por definición «necesario» para garantizar el desempeño de una misión de interés económico general.

56) Considerando lo expuesto, la Comisión abriga serias dudas sobre la posibilidad de declarar justificadas las ayudas concedidas en este caso como compensación por la imposición de una obligación de servicio público.

57) Habida cuenta de las consideraciones anteriores, la Comisión insta al Reino de España a que, en un plazo de un mes a partir de la recepción de la presente, le facilite todos los documentos, información y datos necesarios para evaluar la compatibilidad de la ayuda. En concreto, la Comisión solicita a España que le remita elementos que demuestren la necesidad de la compensación, los costes netos del servicio público en cuestión y los elementos en los que se haya basado el cálculo de la cuantía de la compensación, así como las razones que justifican el incumplimiento del procedimiento dispuesto en el artículo 4 del Reglamento (CEE) n° 2408/92. Insta a sus autoridades a que transmitan inmediatamente una copia de la presente carta al beneficiario potencial de la ayuda.

La Comisión desea recordar al Reino de España que el apartado 3 del artículo 88 del Tratado CE produce efecto suspensivo y le remite al artículo 14 del Reglamento (CE) n° 659/1999 del Consejo, en virtud del cual el beneficiario de cualquier ayuda ilegal podrá ser obligado a devolverla.

Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden

(2003/C 32/03)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Beihilfe Nr.: XS 101/01

Mitgliedstaat: Vereinigtes Königreich

Region: West Midlands

Bezeichnung der Beihilferegulierung bzw. bei Einzelbeihilfen

Name des begünstigten Unternehmens: Diversifizierungsprogramm West Midlands

Rechtsgrundlage: Die Finanzierung dieses Programms wird durch das britische Handels- und Industrieministerium im Rahmen des „Industrial Development Act“ (1982), Sections 7, 8 und 11 übernommen

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: Diese neue Regelung wird über einen Zeitraum von drei Jahren vom 1. November 2001 bis 31. Oktober 2004 eine Finanzierung von etwa 13,5 Mio. GBP (21,4 Mio. EUR) erhalten. Dies beschränkt sich allein auf eine Finanzierung durch die britische Regierung.

Das geschätzte jährliche Finanzierungsprofil setzt sich wie folgt zusammen:

2001: 0,2 Mio. GBP (0,3 Mio. EUR),

2002: 5,4 Mio. GBP (8,6 Mio. EUR),

2003: 5,4 Mio. GBP (8,6 Mio. EUR),

2004: 2,5 Mio. GBP (3,9 Mio. EUR).

Diese Finanzierung wird verwendet werden, um in der Region West Midlands ansässige KMU zu fördern (die der in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vorgesehenen Definition entsprechen). Die Unterstützung betrifft einmalige und nichtrepetitive Aktivitäten gemäß Artikel 5 Buchstabe a) der Verordnung, und die Berater werden wettbewerbsorientiert aus einer Kurzübersicht von drei Unternehmen im Sinne der Praxis der britischen „Business Link“-Organismen ausgewählt.

Überwachung und Berichterstattung — Aufzeichnungen über die Hilfen für Unternehmen werden mindestens zehn Jahre nach der Gewährung der individuellen Hilfe verwahrt, und bei der Kommission werden geeignete Informationen jährlich gemäß Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 angemeldet. Überdies sind alle sonstigen Anforderungen des Artikels 9 (insbesondere die Verwahrung solcher Aufzeichnungen im Rahmen des für die Einhaltung von Artikel 9 Absatz 2 erforderlichen Umfangs) zu erfüllen.

Die Vergabe der Beihilfen wird von örtlichen „Business Link“-Organismen nach den von der vergebenden Behörde festgelegten Rahmenbedingungen überwacht. Diese Organismen sind mit der Anwendung der „De Minimis“-Grenze und der Anforderung zur Gewährleistung, dass Beihilfen aus unter-

schiedlichen Quellen nicht in einer Weise, bei der individuelle KMU die fortlaufende dreijährige Obergrenze überschreiten, gewährt werden, bereits vertraut. Die Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 werden klargestellt und die von „Business Link“ verwahrten Aufzeichnungen werden ausgewertet um sicherzustellen, dass sie hinreichend sind und korrekt geführt werden

Beihilfehöchstintensität: Die Beihilfehöchstintensität beläuft sich auf 50 %. Der Höchstbetrag für ein einzelnes Unternehmen beläuft sich auf 100 000 GBP (159 000 EUR) während eines Zeitraum von drei Jahren

Bewilligungszeitpunkt: 1. November 2001

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Drei Jahre

Zweck der Beihilfe: Die Wirtschaft der Region West Midlands ist stark von traditionellen Branchen des verarbeitenden Gewerbes, wie Zulieferern der Automobilindustrie, geprägt. Unternehmen dieser Branchen sind sensibel für Veränderungen der Bezugsmuster, wenn Billigerzeugnisse aus neuen Quellen — in der Regel aus Mitteleuropa und dem fernen Osten — bezogen werden.

Das Diversifizierungsprogramm für West Midlands soll kleine und mittlere Unternehmen dieser traditionellen Branchen bei der Diversifizierung auf neue Erzeugnisse und Märkte unterstützen, bei denen ihre Fähigkeiten ihnen eine höhere Rendite ermöglichen, so dass sie das Potential zur Verbesserung der Rentabilität ausschöpfen können. Die Hilfen der Berater werden diese Unternehmen bei der Überwindung der für sie typischen Unzulänglichkeiten von Management und Ressourcen unterstützen. Dadurch wird gewährleistet, dass Unternehmen, die sich auf neue Erzeugnisse und Märkte umstellen, dieses auf der Grundlage eines soliden Unternehmensplans tun, der angesichts der mit der Diversifizierung verbundenen Risiken wichtig ist. Darüber hinaus werden neu gegründete Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes bei der Aufstellung eines tragfähigen Unternehmensplans und bei der Entwicklung des Verständnisses für die Besonderheiten der von ihnen gewählten Märkte unterstützt.

Ein Beitrag zur Finanzierung von 50 % (brutto) wird Unternehmen zugänglich gemacht, um ihnen zu helfen, die Kosten für die Beratung in Bereichen aufzubringen, wie Marktforschung, Zugang zu Entwicklungsfinanzierungen, Unternehmensplanung, Einhaltung der Qualitätsansprüche auf neuen Märkten und Verständnis für unterschiedliche Marktparten. Überdies wird Hilfe geboten für die Entwicklung der Befähigungen und Kapazitäten dieser Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, um neue Chancen und sonstige fachspezifische Dienstleistungen zu nutzen, wie beispielsweise den Technologietransfer und die rasche Entwicklung von Prototypen

Betroffene Wirtschaftssektoren: Gefördert werden alle Branchen des „verarbeitenden Gewerbes“. Die geförderten Unternehmen gehören in der Regel folgenden Teilsektoren an:

- Herstellung und Verarbeitung von Kunststoffen,
- Metallpolierung und Hitzebehandlung,
- Maschinenbau,
- Oberflächenbehandlung und -verschleiß,
- Pressarbeiten,
- Herstellung von Werkzeugen,
- Herstellung von Gummigussformen,
- Schmiede- und Gussarbeiten (näheres ist nachstehenden Erläuterungen zu entnehmen).

Die Empfängerunternehmen im Rahmen des Diversifizierungsprogramms „West Midlands“ stellen ein vielfältiges Spektrum von Erzeugnissen für viele Branchen des verarbeitenden Gewerbes einschließlich der Komponenten für die Automobilindustrie her und verarbeiten diese Erzeugnisse; dies entspricht einem erheblichen Anteil der Aktivitäten des verarbeitenden Gewerbes in der Region West Midlands. Zu den Empfängern zählen jedoch nicht OEM der Kraftfahrzeugindustrie oder Erstzulieferer oder Stahlhersteller im Sinne des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen für die Automobilindustrie (ABl. C 279 vom 15.9.1997, S. 1) und des Stahlbeihilfekodexes (Entscheidung Nr. 2496/96/EGKS vom 18. Dezember 1996 zur Einführung gemeinschaftlicher Vorschriften über Beihilfen an die Eisen- und Stahlindustrie)

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Advantage West Midlands
3 Priestley Wharf
Aston Science Park
Birmingham B7 4BN
United Kingdom

Sonstige Auskünfte: Unternehmen, die Mittel im Rahmen des Diversifizierungsprogramms „West Midlands“ beantragen können, können auch für eine Finanzierung für Verfahrensverbesserungsaktivitäten in Bezug auf ihre vorhandenen Erzeugnisse und Märkte im Rahmen des Aktionsplans zur Beschleunigung beihilfefähig sein. Dieses gesonderte Beihilfeprogramm zur Unterstützung für Unternehmensverbesserungsaktivitäten wird gleichzeitig mit dem Diversifizierungsprogramm „West Midlands“ angemeldet. Die Art der im Rahmen des Aktionsplans zur Beschleunigung finanzierten Aktivitäten unterscheidet sich von denen, die Gegenstand dieses Antrags sind — aber KMU können, wenn sie dies wollen, beantragen, an beiden Programmen teilzunehmen

Beihilfe Nr.: XS 14/02

Mitgliedstaat: Bundesrepublik Deutschland

Region: Land Hessen

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung der regionalen Entwicklung — Teil II.1. Betriebliche Investitionen

Rechtsgrundlage: Gesetz zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen der hessischen Wirtschaft vom 23. September 1974 (GVBl. S. 458), zuletzt geändert am 22. August 1986 (GVBl. S. 265), Förderrichtlinien zur regionalen Entwicklung

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: Für Investitionszuschüsse stehen aus Landesmitteln ca. 2,6 Mio. EUR jährlich zur Verfügung. Für Darlehen in Ziel-2-Gebieten sind Mittel in Höhe von jährlich ca. 9 Mio. EUR vorgesehen

Beihilfemaximalintensität: Die Förderhöchstsätze der Investitionszuschüsse betragen für Kleinunternehmen bis 15 % und mittlere Unternehmen bis 7,5 %. In Ziel-2-Gebieten erfolgt die Förderung in der Regel durch Kombination von einem Zuschuss mit einem zinslosen Darlehen. Die **Darlehenshöhe** kann bis zu 25 % der zuwendungsfähigen Investitionsausgaben betragen bei einer Laufzeit von zehn Jahren bei drei tilgungsfreien Jahren. Der Subventionswert beider Fördermaßnahmen zusammen darf die genannten Förderhöchstsätze nicht überschreiten

Bewilligungszeitpunkt: Die Richtlinien sind am 7. Januar 2002 im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht worden

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Gemäß Vorgabe der Europäischen Kommission bis 30. Juni 2007

Zweck der Beihilfe: Für ausgewählte Gebiete in Hessen gewährt die InvestitionsBank Hessen (IBH) als beliehenes Unternehmen im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Zuschüsse und Darlehen zur Finanzierung volkswirtschaftlich besonders förderungswürdiger Anlageinvestitionen an kleine und mittlere Unternehmen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 mit dem Ziel der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen

Betroffene Wirtschaftssektoren: Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

InvestitionsBank Hessen AG
Schumannstraße 4—6
D-60325 Frankfurt am Main

Sonstige Auskünfte: In den hessischen Gebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ werden auch Großunternehmen gefördert. Diese Förderung ist jedoch nicht Gegenstand dieser Anzeige — sie ist durch die Genehmigung der deutschen Fördergebietskarte und des Rahmenplans Gemeinschaftsaufgabe beihilferechtlich abgedeckt.

Die Regelungen orientieren sich überwiegend an dem von der EU-Kommission genehmigten Hessischen Strukturförderungsprogramm.

Neu eingeführt worden ist eine zusätzliche Darlehensvariante für Fördermaßnahmen in Ziel-2-Gebieten.

Beihilfe Nr.: XS 86/01

Mitgliedstaat: Italien

Region: Autonome Region Valle d'Aosta

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: Unterstützung für Beratungsdienste zugunsten von KMU; Maßnahme D3 des regionalen Programms für Strukturmaßnahmen der Region Valle d'Aosta für den Zeitraum 2000–2006 (Ziel 3)

Rechtsgrundlage: Delibera della Giunta regionale n. 2955 del 20.8.2001

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: 400 Mio. ITL jährlich (206 582,76 EUR)

Beihilfeshöchstintensität: 50 % der Kosten für externe Beratungsdienste. Dabei handelt es sich nicht um Dienste, die fortlaufend oder in regelmäßigen Abständen erbracht werden oder die in Zusammenhang mit gewöhnlichen Betriebsausgaben wie Steuer- oder Rechtsberatung oder Werbung stehen

Bewilligungszeitpunkt: 10. September 2001

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Bis 30. September 2003

Zweck der Beihilfe: Unterstützung von KMU in der Region Valle d'Aosta durch Beihilfen für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten

Betroffene Wirtschaftssektoren: Andere Bereiche der verarbeitenden Industrie; sonstige Dienstleistungen

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Regione Autonoma Valle d'Aosta
Dipartimento industria, artigianato ed energia
Piazza della Repubblica n. 15
I-11100 Aosta
Tel. (39) 01 65 27 47 26/27 47 27
Fax (39) 01 65 23 85 29
E-Mail: iae@regione.vda.it

Beihilfe Nr.: XS 87/01

Mitgliedstaat: Vereinigtes Königreich

Region: England und Wales

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: Manufacturing Advisory Service (MAS) — Regional Centres for Manufacturing Excellence (RCME)

Rechtsgrundlage:

- Science and Technology Act 1965, section 5(1)(a) and (b): Förderung wissenschaftlicher Forschungstätigkeiten und der Verbreitung und praktischen Anwendung hieraus resultierender Ergebnisse;
- Industrial Development Act 1982, Parts III and IV: selektive finanzielle und allgemeine Förderung durch Beratung, Information und Dienstleistungen. Gemäß Industrial Development Act 1982 Section 11 kann der Minister Maßnahmen ergreifen, damit Unternehmer oder potenzielle Existenzgründer (unentgeltlich oder gegen Entgelt) Ratschläge einholen können. Dies ist die Rechtsgrundlage für sämtliche Tätigkeiten im Rahmen des Manufacturing Advisory Service

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: Die MAS-Haushaltsmittel werden wie folgt veranschlagt:

(Mio. GBP)				
	2001/2002	2002/2003	2003/2004	Programm insgesamt
MAS-Programmkosten insgesamt	5,5	12,25	15,5	33,25

Beihilfeshöchstintensität: Die Höchstintensität für den beratenden Teil der Dienstleistung, für den staatliche Beihilfen vorgesehen sind, beträgt 50 %. Die Höchstbeihilfe von RCME für ein KMU beläuft sich auf rund 7 000 GBP, durchschnittlich aber nur auf rund 3 000 GBP jährlich

Bewilligungszeitpunkt: Die MAS-Initiative wurde am 13. Februar 2001 anlässlich der Veröffentlichung des Weißbuchs „Opportunity for all in a world of change“ angekündigt, dürfte aber erst im zweiten Halbjahr 2001 Ausgaben für RCME nach sich ziehen. Der gesamte Dienst, einschließlich Information und Beratung für KMU von RCME (Gegenstand dieser Anmeldung), wird voraussichtlich ab September/Okttober 2001 funktionieren, wenn das erste RCME eingerichtet worden ist. Der MAS wird erst in vollem Umfang Dienstleistungen erbringen, wenn sämtliche RCME eingerichtet sind und zusätzlich ungefähr ab Juni 2002 ein landesweites Netz von Zentren für technische Gutachten in Betrieb ist

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe:
Bis 30. April 2004

Zweck der Beihilfe: Hauptziel der Initiative ist die Verbesserung der Produktivität im Vereinigten Königreich und insbesondere die Einführung optimaler Produktionsverfahren durch KMU in England und Wales. Den Unternehmen sollen Informationen sowie einschlägige Beratung und Sachkenntnisse bereitgestellt werden.

Durch den MAS sollen zum Teil indirekt Soft-Beihilfen an KMU zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und langfristigen Rentabilität durch Förderung einer Spitzenleistungskultur gewährt werden. Die Beihilfen erstrecken sich für einzelne KMU auf Beratungsprojekte zwecks Einführung optimaler Produktionsverfahren

Betroffene Wirtschaftssektoren: Alle Produktionssektoren (ausgenommen Kohle, Stahl, Landwirtschaft und Export)

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Ron Egginton
EID4a
Department of Trade and Industry
151 Buckingham Palace Road
London SW1
United Kingdom

Sonstige Auskünfte: Wegen des Marktversagens, zu dem auch das Bewusstsein und der Zugang zu professioneller Beratung gehören, können die Unternehmen ihre Wettbewerbsstellung nicht hinreichend verbessern. Einige kleine Hersteller haben z. B. nicht genug Ressourcen, um ihre Leistung über das für das tägliche Überleben benötigte Maß hinaus zu verbessern. KMU benötigen daher eine praktische, leicht zugängliche und erschwingliche Informationsquelle und Beratung über technische und hiermit verbundene Management-/Ausbildungsfragen in einer wissensorientierten Wirtschaft. Die herkömmlichen Informationsquellen und Beratungsmöglichkeiten durch Berater, Universitäten sowie Forschungs- und Technologiezentren (RTO) sind für viele KMU wegen ihrer prohibitiven Kosten oder ihres angeblich schwierigen Zugangs nicht attraktiv. Die Beziehungen zwischen Universitäten und vielen KMU sind nicht gut. Die Regierung finanziert bereits allgemeine Beratungsdienste im Rahmen von Business Links, weil durch die Unterstützung einzelner Unternehmen auf ihrem Wege zum Erfolg, zum Wachstum und zur Fortentwicklung ohne weitere Beihilfen die globale Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Nation verbessert werden kann. Doch fehlt es gegenwärtig an Informationen und Beratung, die den besonderen Bedürfnissen der Hersteller gerecht werden.

Das Programm stellt eine Ergänzung zu anderen Programmen dar. Es wurden sektorale Programme wie Industry Fora ange-

nommen, um die Produktivität bestimmter Sektoren zu verbessern. MAS und RCME werden sich dieser Programme bedienen und sie ergänzen; denn es kann zweckmäßiger sein, sich auf die Bedürfnisse einzelner Unternehmen in einem regionalen Kontext zu konzentrieren, um den Kreis der Interessenten zu vergrößern. Während die Aufgabe von Business Links darin besteht, einzelnen Unternehmen allgemeine Ratschläge zu geben, benötigen Hersteller jedoch spezifischere Informationen und Ratschläge zu Herstellungsfragen, die in Bezug auf das Betriebsumfeld des Unternehmens maßgeschneidert sind und auf glaubwürdigen Kenntnissen über neueste Techniken und optimale Verfahren beruhen

Beihilfe Nr.: XS 88/01

Mitgliedstaat: Spanien

Region: Autonome Region La Rioja

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: Investitionsbeihilfen für kleine und mittlere Unternehmen, die Dienstleistungen für die Industrie erbringen

Rechtsgrundlage: Resolución de 14 de septiembre de 2001, del Presidente de la Agencia de Desarrollo Económico de La Rioja. Betreffend die Gewährung von Investitionsbeihilfen für KMU, die Dienstleistungen für die Industrie erbringen (veröffentlicht im Boletín Oficial de La Rioja vom 25. September 2001)

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: 125 Mio. ESP (751 265,13 EUR)

Beihilfehöchstintensität:

- Kleine Unternehmen 30 %, außerhalb der Fördergebiete 15 %,
- mittlere Unternehmen 20 %, außerhalb der Fördergebiete 7,5 %

Bewilligungszeitpunkt: Ab 25. September 2001

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: 2001—2006

Zweck der Beihilfe: Gefördert werden sollen mit der Industrie verbundene Dienstleistungen, die sowohl die Gewerbetätigkeit als auch die wirtschaftliche Entwicklung und regionale Wettbewerbsfähigkeit unterstützen und zur Schaffung stabiler Arbeitsplätze beitragen. Hierzu ist festzustellen, dass in der Europäischen Union die meisten neu geschaffenen Arbeitsplätze in den letzten Jahren im Dienstleistungssektor entstanden sind

Betroffene Wirtschaftssektoren: Dienstleistungssektor (mit Ausnahmen)

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Agencia de Desarrollo Económico de la Rioja (ADER)
C/ Muro de la Mata, 13-14
E-26071 Logroño (La Rioja)

Sonstige Auskünfte: Es handelt sich um eine neue Beihilferegelung

Beihilfe Nr.: XS 92/01

Mitgliedstaat: Niederlande

Region: Nordniederlande

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen

Name des begünstigten Unternehmens: Sport en Recreatiecentrum Thialf BV

Rechtsgrundlage: Beschikking d.d. 9 oktober 2001 van het Dagelijks Bestuur van het Samenwerkingsverband Noord-Nederland, zijnde een openbaar lichaam op grond van de Wet Gemeenschappelijke Regelingen

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: Der Beschluss des Verwaltungsrates des Kooperationsverbands Nordniederlande betrifft die Bereitstellung eines Beitrags von 984 120 EUR aus EZ/Kompas-Mitteln zu den Investitionskosten des Vorhabens (d. h. etwa 12,7 % der in Frage kommenden Gesamtkosten) im Rahmen der Durchführung des regional-ökonomischen Entwicklungsprogrammes für die Nordniederlande „Kompas voor het Noorden“. Die gesamte staatli-

che Beihilfe zu den Investitionskosten des Projekts beträgt 2 254 065 EUR (d. h. etwa 29,2 % der in Frage kommenden Gesamtkosten)

Beihilfehöchstintensität: 29,2 %

Bewilligungszeitpunkt: 9. Oktober 2001

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe:

Im August 2002 soll voraussichtlich die letzte Zahlung erfolgen

Zweck der Beihilfe: Unterstützung einer Investition in die Erweiterung und technische Erneuerung des Eislaufzentrums Thialf in Heerenveen. Damit soll eine Sportanlage geschaffen werden, wobei der öffentliche Charakter dieser Anlage mittels einer Auflagebestimmung für einen Zeitraum von fünf Jahren nach der endgültigen Feststellung der Leistungen garantiert ist

Betroffene Wirtschaftssektoren: Alle Sektoren

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Samenwerkingsverband Noord-Nederland
p/a Postbus 779
9700 AT Groningen
Nederland

Sonstige Auskünfte: Diese Beihilfemaßnahme betrifft eine Ad-hoc-Unterstützung für Investitionen in materielle Anlagewerte durch ein kleines, selbständiges Unternehmen gemäß der Definition in Anlage I der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 über die Anwendung des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen für kleine und mittlere Unternehmen

Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 93/42/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 über „Medizinprodukte“⁽¹⁾ und der Richtlinie 98/79/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 1998 über „In-vitro-Diagnostika“⁽²⁾ und der Richtlinie 90/385/EWG des Rates vom 20. Juni 1990 über „aktive implantierbare medizinische Geräte“⁽³⁾

(2003/C 32/04)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(Veröffentlichung der Titel und der Bezugsdaten der harmonisierten Normen im Sinne dieser Richtlinie)

ENO ⁽¹⁾	Bezugsnummer	Titel der harmonisierten Normen
CEN	EN ISO 13485:2000	Qualitätssicherungssysteme — Medizinprodukte — Besondere Anforderungen für die Anwendung von EN ISO 9001:1994 (Überprüfung der EN 46001:1996)
CEN	EN ISO 13488:2000	Qualitätssicherungssysteme — Medizinprodukte — Besondere Anforderungen für die Anwendung von EN ISO 9002:1994 (Überprüfung der EN 46002:1996)

⁽¹⁾ ENO: Europäische Normungsorganisation

— CEN: rue de Stassart 36, B-1050 Brüssel, Tel. (32-2) 550 08 11; Fax (32-2) 550 08 19 (www.cenorm.be);

— Cenelec: rue de Stassart 35, B-1050 Brüssel, Tel. (32-2) 519 68 71; Fax (32-2) 519 69 19 (www.cenelec.be);

— ETSI: 650, route des Lucioles, F-06561 Sophia Antipolis Cedex France, Tel. (33-4) 92 94 42 00, Fax (33-4) 93 65 47 16 (www.etsi.org).

HINWEIS:

- Alle Anfragen zur Verfügbarkeit der Normen müssen an eine dieser europäischen Normungsorganisationen oder an eine nationale Normungsorganisation gerichtet werden, die im Anhang der Richtlinie 98/34/EG⁽⁴⁾ des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 aufgelistet sind.
- Die Veröffentlichung der Bezugsdaten im Amtsblatt der Europäischen Union bedeutet nicht, dass die Normen in allen Sprachen der Gemeinschaft verfügbar sind.
- Die Kommission sorgt für die Aktualisierung dieses Verzeichnisses.

⁽¹⁾ ABl. L 169 vom 12.7.1993, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 331 vom 7.12.1998, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 189 vom 20.7.1990, S. 17.

⁽⁴⁾ ABl. L 204 vom 21.7.1998, S. 37.

III

(Bekanntmachungen)

RAT

Im Amtsblatt der Europäischen Union C 32 E veröffentlichte Texte

(2003/C 32/05)

Diese Texte sind verfügbar in:

EUR-Lex: <http://europa.eu.int/eur-lex>**CELEX:** <http://europa.eu.int/celex>

Informationsnummer	Inhalt	Seite
Rat		
2003/C 32 E/01	Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 1/2003 vom 18. November 2002, vom Rat festgelegt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Hinblick auf den Erlass einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor	1
2003/C 32 E/02	Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 2/2003 vom 5. Dezember 2002, vom Rat festgelegt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Hinblick auf den Erlass einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3820/85 des Rates und der Richtlinie 91/439/EWG des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 76/914/EWG des Rates	9
2003/C 32 E/03	Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 3/2003 vom 9. Dezember 2002, vom Rat festgelegt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS)	26

KOMMISSION

Ergebnisse der Ausschreibungen (Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft)

(2003/C 32/06)

entsprechend Artikel 9 Absatz 7 der Verordnung (EG) Nr. 2519/97 der Kommission vom 16. Dezember 1997 über allgemeine Durchführungsbestimmungen für die Bereitstellung und Lieferung von Waren im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1292/96 des Rates für die Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft

(Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 346 vom 17. Dezember 1997, S. 23)

4. Februar 2003

Verordnung Nr./ Beschluss vom	Los	Maßnahme Nr.	Begünstigter/ Bestimmungsland	Produkt	Menge (t)	Liefer- stufe	Zuschlagsempfänger	Zuschlags- preis EUR/t
23.1.2003	A	409/01	EuronAid/Haiti	CM	139	EXW	PAULO JORGE — IMPORTAÇÃO E EXPORTAÇÃO — SENHORA DA HORA (P)	1 595,00
	B	410/01	EuronAid/Haiti	CM	138	EXW	PAULO JORGE — IMPORTAÇÃO E EXPORTAÇÃO — SENHORA DA HORA (P)	1 575,00
24.1.2003	A	49/02	UNRWA/Libanon	FABA	200	DEST	SAMSON CHERQUI SA — MARSEILLE (F)	348,50
	B	50/02	UNRWA/Syrien	FABA	150	DEB	SAMSON CHERQUI SA — MARSEILLE (F)	332,00
	C	51/02	UNRWA/Jordanien	FABA	200	DEST	SAMSON CHERQUI SA — MARSEILLE (F)	402,00
96/2003	A	44/02	UNRWA/Israel	SUB	683	DEB	MUTUAL AID ADM. SERVICES NV — ANTWERPEN (B)	321,00
	B	45/02	UNRWA/Libanon	SUB	294	DEST	MUTUAL AID ADM. SERVICES NV — ANTWERPEN (B)	342,00
	C	46/02	UNRWA/Syrien	SUB	237	DEB	MUTUAL AID ADM. SERVICES NV — ANTWERPEN (B)	341,00
	D	47/02	UNRWA/Jordanien	SUB	442	DEST	MUTUAL AID ADM. SERVICES NV — ANTWERPEN (B)	369,00
	E	48/02	UNRWA/Israel	SUB	277	DEB	MUTUAL AID ADM. SERVICES NV — ANTWERPEN (B)	323,00
97/2003	A	406/01	EuronAid/Haiti	FBLT	205	EMB	n.a.	(¹)
	B	407/01	EuronAid/Haiti	CBL	1 268	EMB	EURICOM SPA — VERCELLI (I)	277,00

n. a.: Die Lieferung wurde nicht zugeschlagen.

(¹) Zweite Frist für die Angebotsabgabe: 18. Februar 2003.

BLT:	Weichweizen	FABA:	Puffbohnen (<i>Vicia faba major</i>)	WSB:	Mischung aus Weizen und Soja
DUR:	Hartweizen	FEQ:	Pferdebohnen (<i>Vicia faba equina</i>)	Lsub1:	Säuglingsanfangsnahrung
ORG:	Gerste	PISUM:	Spalterbsen	Lsub2:	Folgenahrung
MAI:	Mais	SUB:	Weißzucker	LHE:	Milch mit hohem Energiewert
SEG:	Roggen	HCOLZ:	Rapsöl	AC:	Mischlebensmittel
SOR:	Sorghum	HTOUR:	Sonnenblumenöl	PAL:	Teigwaren
CBR/M/L:	Geschliffener rundkörniger, mittelkörniger oder langkörniger Reis	HOLI:	Olivenöl	SAR:	Sardinenkonserven
RPR/M/L:	Rundkörniger, mittelkörniger oder langkörniger Reis, parboiled	HMAI:	Maisöl	CM:	Makrelenkonserven
BRI:	Bruchreis	HSOJA:	Sojaöl	CB:	<i>Corned beef</i>
FBLT:	Weichweizenmehl	LEP:	Magermilchpulver	BPJ:	Rindfleischkonserven
FMAI:	Maismehl	LEPv:	Mit Vitaminen angereichertes Magermilchpulver	PFB:	Rinderleberpaste
FSEG:	Roggenmehl	LDEP:	Halbentrahmtes Milchpulver	CP:	Schweinefleischkonserven
SDUR:	Hartweizengrieß	LENP:	Vollmilchpulver	PFP:	Schweineleberpastete
SMAI:	Maisgrieß	B:	Butter	CV:	Geflügelfleischkonserven
FHAF:	Haferflocken	BO:	Butteroil	DEST:	Frei Bestimmungsort
CT:	Tomatenmark	FETA:	Feta-Käse	DEB:	Frei Löschhafen — gelöscht
PT:	Tomatenpulver	FROF:	Schmelzkäse	DEN:	Frei Löschhafen — ungelöscht
COR:	Korinthen	BABYF:	Beikost-Erzeugnis auf der Basis von Getreide	EMB:	Frei Verschiffungshafen
		BISC:	Kekse	EXW:	Ab Werk